



Rechtsausschuss

84. Sitzung (öffentlich)

27. Oktober 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:05 Uhr bis 10:31 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	9
1	Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes – LRiStaG	10
	Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/13063	
	Stellungnahme 17/4138 Stellungnahme 17/4186 Stellungnahme 17/4201 Stellungnahme 17/4202 Stellungnahme 17/4224	
	Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen	
	– Wortbeiträge	
	Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimme der Grünen sowie bei Enthaltung der SPD lehnt der Ausschuss den Gesetzentwurf ab.	

2 Gesetz zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz und zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption 11

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13070

Ausschussprotokoll 17/1504

Stellungnahme 17/4108
Stellungnahme 17/4127
Stellungnahme 17/4130
Stellungnahme 17/4149
Stellungnahme 17/4159
Stellungnahme 17/4163

Auswertung der Anhörung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Gesetzentwurf abzuschließen.

3 Herausforderung in der Justiz begegnen: Nachwuchskräfte im Referendariat fördern, Digitalisierung vorantreiben, Rechtsstaat weiter stärken. 12

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13080

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15269

Stellungnahme 17/4029
Stellungnahme 17/4030
Stellungnahme 17/4031

Auswertung der Anhörung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimme der AfD sowie bei Enthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem Antrag zu.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag ab.

4 Zweites Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13357

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15268

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15459

Ausschussprotokoll 17/1471

Stellungnahme 17/4023
Stellungnahme 17/4024
Stellungnahme 17/4033
Stellungnahme 17/4036
Stellungnahme 17/4039
Stellungnahme 17/4041
Stellungnahme 17/4043
Stellungnahme 17/4044
Stellungnahme 17/4055
Stellungnahme 17/4056
Stellungnahme 17/4057

Auswertung der Anhörung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der SPD ab.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der AfD sowie bei Stimmenthaltung von SPD und Grünen stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und AfD sowie bei Stimmenthaltung der Grünen stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf in geänderter Fassung zu.

5 Bachelor für Jurastudierende ermöglichen – weil sie es wert sind! 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14936

In Verbindung mit:

Bachelor für Jurastudenten (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD
[s. Anlage 8]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4543

Ausschussprotokoll 17/1469

Stellungnahme 17/4034
Stellungnahme 17/4035
Stellungnahme 17/4037
Stellungnahme 17/4038
Stellungnahme 17/4040
Stellungnahme 17/4042
Stellungnahme 17/4070

Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

6 Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufegesetzes (HeilBerG) – 25

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Ausschuss zu beteiligen.

7 Gesetz zur Änderung des Schiedsamtsgesetzes 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14961

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15266

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15468

Stellungnahme 17/4409

Auswertung der schriftlichen Anhörung und Abstimmung gemäß
Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimme der AfD lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der AfD ab.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie bei Enthaltung der AfD stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie bei Enthaltung der AfD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf in geänderter Fassung zu.

8 Gesetz zur Novellierung der nordrhein-westfälischen Landesjustizvollzugsgesetze 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15234

Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

9 Tod eines Inhaftierten im Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg durch Nahrungs- und Flüssigkeitskarenz (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 1]*) **29**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5429
Vorlage 17/5568
Vertrauliche Vorlage 17/180
Vertrauliche Vorlage 17/181
Vertrauliche Vorlage 17/187

In Verbindung mit:

Tod eines Inhaftierten durch Verhungern (lassen) (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5586

– Wortbeiträge

10 Abrechnungsbetrug bei Corona-Tests (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5365
Vorlage 17/5770
Vertrauliche Vorlage 17/177
Vertrauliche Vorlage 17/191

– keine Wortbeiträge

11 Clan-Villa in Leverkusen (*Bericht von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) **31**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5772

– Bericht durch MDgt Dr. Christian Burr (JM)

– Wortbeiträge

- 12 Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit** (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 5]*) **36**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5782
- keine Wortbeiträge
- 13 Abschiebung von Straftätern nach Afghanistan** (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 6]*) **37**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5864
- keine Wortbeiträge
- 14 Corona in der Justiz** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 7]*) **38**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5865
- keine Wortbeiträge
- 15 Hochwasserschäden nach der Hochwasserkatastrophe** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 7]*) **39**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5866
- keine Wortbeiträge
- 16 Todesfälle und Suizide im Strafvollzug** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 7]*) **40**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5871
- Wortbeiträge

- 17 Unabhängigkeit der Justiz darf nicht durch Anschein parteipolitischer Einflussnahme auf Personalentscheidungen und -auswahl gefährdet werden – Minister Biesenbach muss von seinem Vorhaben Abstand nehmen, Drs. 17/12765 (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 7])** 41

In Verbindung mit:

Aktueller Stand der Überarbeitung der Änderung der Beamten- und Disziplinarzuständigkeitsverordnung JM Schriftlicher Bericht der Landesregierung

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5867

– Wortbeiträge

- 18 Gesetzesvorhaben der Landesregierung bis Ende der Wahlperiode aus dem Bereich Justiz (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 7])** 42

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5868

– keine Wortbeiträge

- 19 Bundesratsinitiativen aus dem Bereich Justiz in dieser Wahlperiode (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 7])** 43

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5869

– keine Wortbeiträge

- 20 Teen-Court (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 7])** 44

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5870

– Wortbeiträge

- 21 Verschiedenes** 45

7 Gesetz zur Änderung des Schiedsamtgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14961

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15266

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15468

Stellungnahme 17/4409

Auswertung der schriftlichen Anhörung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/14961 an den Rechtsausschuss – federführend –, den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und den Hauptausschuss am 8. September 2021)

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil teilt mit, der Hauptausschuss habe in seiner Sitzung am 16. September 2021 und der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen in seiner Sitzung am 17. September 2021 beschlossen, auf ein Votum zu verzichten.

Am 29. September 2021 sei eine schriftliche Anhörung beantragt worden.

Es lägen ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen und ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor.

Angela Erwin (CDU) führt aus, es bestehe sicherlich Einigkeit, das Schiedswesen sei bereits seit Jahrzehnten eine wichtige und tragende Säule in der außergerichtlichen Streitschlichtung. Insofern begrüße sie es, dass im Gesetzentwurf eine Attraktivitäts-offensive enthalten sei. Es sei auch notwendig, dass im Bewusstsein der Bevölkerung das Schiedswesen noch stärker verankert werde. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werde Bürokratie abgebaut. Dies sei richtig und wichtig. Es sei auch für die Bürgerinnen und Bürger einfacher, wenn die Verfahren vereinfacht würden. Von daher werde ihre Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen.

Uta Opelt (AfD) sagt, das Gesetz zur Änderung des Schiedsamtes finde ihre Fraktion gut, doch sollten nach Meinung der AfD die Voraussetzungen zur Berufung in das Schiedsamt angeglichen werden, und zwar an die Voraussetzungen, die auch für die Berufung in das Richterverhältnis die Grundlage bildeten. Gerade im Hinblick auf die

obligatorische Durchführung eines Schiedsverfahrens sehe man hier einen Wertungswiderspruch. Mit dem Änderungsantrag ihrer Fraktion werde Abhilfe geschaffen, indem die Regelungen des Deutschen Richtergesetzes entsprechende Anwendung fänden mit Ausnahme des Erfordernisses eines zweiten juristischen Staatsexamens. Somit würde auch der ehrenamtliche Charakter des Schiedsamtes erhalten bleiben.

Stefan Engstfeld (GRÜNE) erwähnt, auch hier habe sich gezeigt, dass eine Anhörung sinnvoll sei. Nach der Auswertung der schriftlichen Anhörung werde man dem Gesetzentwurf zustimmen. Letztendlich handele es sich um viele redaktionelle und kleinere inhaltliche Änderungen.

Den Antrag der AfD lehne seine Fraktion ab.

Christian Mangen (FDP) legt dar, der Antrag der AfD sei abzulehnen. Es liege in der Natur der Sache, dass eine Schiedsamtsperson kein Jurist sei. Deswegen gebe es ein Ausschlusskriterium. Wenn man es in der Form, wie es der AfD vorschwebt, ändern würde, dann müsste man konsequent sein und sich das ganze Thema sparen.

Sonja Bongers (SPD) teilt mit, dass sich ihre Fraktion der Meinung der kommunalen Spitzenverbände anschließe. Ihre Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen und den Antrag der AfD aus den von Herrn Mangen genannten Gründen ablehnen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimme der AfD lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der AfD ab.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie bei Enthaltung der AfD stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie bei Enthaltung der AfD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf in geänderter Fassung zu.